Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 762**

18. Wahlperiode Eingang: 23.10.2026

Kleine Anfrage

der Abg. Nico Gunzelmann und Ansgar Mayr CDU

Digitalisierung und Automatisierung bei der Zentralen Bußgeldstelle des Regierungspräsidiums Karlsruhe

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Zahl der von der Zentralen Bußgeldstelle des Regierungspräsidiums Karlsruhe bearbeiteten Verfahren sowie deren Personalbestand in den Jahren 2020 bis 2025 und im Jahr 2026 bislang entwickelt (bitte jeweils nach Jahren aufgeschlüsselt)?

2. In welchem Umfang können die bei der Zentralen Bußgeldstelle eingehenden Verfahren mit den derzeit eingesetzten IT-Systemen bereits automatisiert oder teilautomatisiert bearbeitet werden?

3. Welche Arbeitsschritte im Rahmen der Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten bei der Zentralen Bußgeldstelle erfordern derzeit noch eine manuelle Bearbeitung durch Beschäftigte?

4. Welche Auswirkungen hat die Einführung der elektronischen Aktenführung in Bußgeldangelegenheiten auf die Arbeitsabläufe und die Möglichkeiten zur Automatisierung von Verfahren bei der Zentralen Bußgeldstelle?

5. Welche Möglichkeiten für eine weitergehende Automatisierung der Arbeitsabläufe bei der Zentralen Bußgeldstelle, insbesondere unter Einsatz von Künstlicher Intelligenz, wurden durch das Land oder das Regierungspräsidium Karlsruhe bislang geprüft?

6. Für welche konkreten Arbeitsschritte bei der Zentralen Bußgeldstelle kommt nach Einschätzung der Landesregierung der Einsatz automatisierter oder KI-gestützter Verfahren unter Berücksichtigung der rechtlichen Anforderungen grundsätzlich in Betracht?

7. Welche rechtlichen (insbesondere datenschutzrechtlichen), technischen oder organisatorischen Voraussetzungen beziehungsweise Hindernisse bestehen nach Einschätzung der Landesregierung für einen weitergehenden Einsatz automatisierter oder KI-gestützter Verfahren bei der Zentralen Bußgeldstelle?

8. Welche Untersuchungen, Berechnungen oder Schätzungen liegen der Landesregierung zum möglichen Umfang einer Reduzierung des personellen Bearbeitungsaufwands durch eine weitergehende Automatisierung der Zentralen Bußgeldstelle einschließlich der jeweiligen Ergebnisse vor?

9. Welche Projekte, Pilotvorhaben oder Planungen zur weiteren Automatisierung beziehungsweise zum Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Zentralen Bußgeldstelle bestehen derzeit, jeweils unter Angabe des aktuellen Umsetzungsstands und des vorgesehenen Zeitplans?

10. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen einer weitergehenden Automatisierung auf den Personalbedarf der Zentralen Bußgeldstelle sowie die Möglichkeit, dadurch freiwerdende personelle Kapazitäten für andere Aufgaben einzusetzen?

23.10.2026

Gunzelmann, Mayr CDU

Begründung

Die Zentrale Bußgeldstelle beim Regierungspräsidium Karlsruhe ist für die Ahndung aller auf Bundesautobahnen in Baden-Württemberg begangenen Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten zuständig. Aufgrund der landesweiten Zuständigkeit werden dort in erheblichem Umfang standardisierte Verwaltungsverfahren bearbeitet.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Bußgeldverfahren und der Einführung der elektronischen Aktenführung stellt sich die Frage, in welchem Umfang Arbeitsabläufe weiter automatisiert und Beschäftigte insbesondere bei standardisierten Bearbeitungsschritten entlastet werden können. Von besonderem Interesse sind dabei auch mögliche Anwendungsfelder Künstlicher Intelligenz. Eine konsequente Digitalisierung und Automatisierung stellt eine zwingende Gelingbedingung für eine moderne, schlanke und effiziente Verwaltung dar.

Die Kleine Anfrage soll daher den derzeitigen Digitalisierungs- und Automatisierungsgrad der Zentralen Bußgeldstelle sowie mögliche Potenziale und Voraussetzungen für eine weitergehende Automatisierung der dortigen Arbeitsabläufe darstellen.